

**Antrag 11/II/2019****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ombudsstelle für den SPD Landesverband**

1 Die SPD Berlin soll eine interne Ombudsstelle einrichten,  
 2 die zur Schlichtung von innerverbandlichen Konflikten,  
 3 zur Aufklärung gemeldeter Fälle und zur persönlichen Un-  
 4 terstützung von Betroffenen dauerhaft eingerichtet wird  
 5 und eine beratende Funktion einnimmt. Die Ombudsstel-  
 6 le kann kontaktiert werden, wenn innerhalb des Landes-  
 7 verbandes politische Machtpositionen ausgenutzt wer-  
 8 den und zu herabwürdigenden, sexistischen oder diskri-  
 9 minierenden Verhaltensweisen führen, wenn Genoss\*in-  
 10 nen von anderen Genoss\*innen bedroht, eingeschüchert  
 11 oder gezielt ausgestochen werden oder bis ins Private rei-  
 12 chende Übergriffe stattfinden.

13

14 Außerdem sollen Fälle von sexualisierter Gewalt und ras-  
 15 sistischem Verhalten, die im Rahmen jeglicher politischen  
 16 Zusammenarbeit innerhalb des Landesverbandes auftre-  
 17 ten, grundsätzlich mit der Ombudsstelle besprochen wer-  
 18 den können.

19

20 Die Ombudsstelle soll aus mind. zwei Vertrauenspersonen  
 21 und zwei Stellvertreter\*innen bestehen, die quotiert auf  
 22 dem Landesparteitag der SPD Berlin gewählt werden. Die  
 23 Vertrauenspersonen dürfen kein Mandat innehaben und  
 24 nicht dem Landesvorstand oder einem Kreisvorstand an-  
 25 gehören. Der Kontakt zur Ombudsstelle soll anonym mög-  
 26 lich sein kann. Die Mitglieder der Ombudsstelle sind zur  
 27 Verschwiegenheit verpflichtet.

28

**Begründung**

30 Die innerparteiliche Zusammenarbeit muss frei von jeg-  
 31 lichem diskriminierenden, sexistischen und herabwürdi-  
 32 genden Verhalten sein. Das muss eine Selbstverständ-  
 33 lichkeit sein. Dennoch kann es dort, wo viele Menschen  
 34 sich begegnen, miteinander arbeiten und streiten müs-  
 35 sen, trotzdem zu Fehlverhalten und übergriffigen Vor-  
 36 fällen, womöglich sogar Straftaten kommen. Deswegen  
 37 muss die politische Arbeit stets auch von der Reflexion  
 38 des eigenen Verhaltens und des Umgangs miteinander  
 39 begleitet werden.

40

41 Die Jusos Berlin sowie die SPD Berlin haben für solche Fäl-  
 42 le bereits Awareness-Teams eingerichtet, die auf großen  
 43 Veranstaltungen, Feierlichkeiten oder bei den Tagungen  
 44 der beschlussfassenden Gremien, wie dem Landespartei-  
 45 tag der SPD Berlin, als Vertrauenspersonen agieren, die  
 46 angesprochen werden können bei Beschwerden zu sexisti-  
 47 schen und diskriminierenden Verhaltensweisen, um Be-  
 48 troffenen in der akuten Situation zur Seite stehen und Hil-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Die ASK wird in Ombudsstelle umbenannt und ihr Auftrag wird wie folgt geändert:**

**Sie soll** zur Schlichtung von innerverbandlichen Konflikten, zur Aufklärung gemeldeter Fälle und zur persönlichen Unterstützung von Betroffenen dauerhaft eingerichtet werden und eine beratende **und unterstützende** Funktion einnehmen. Die Ombudsstelle kann kontaktiert werden, wenn innerhalb des Landesverbandes politische Machtpositionen ausgenutzt werden und zu herabwürdigenden, sexistischen oder diskriminierenden Verhaltensweisen führen.

Außerdem sollen Fälle von sexistischem und rassistischem Verhalten, die im Rahmen jeglicher politischen Zusammenarbeit innerhalb des Landesverbandes auftreten, grundsätzlich mit der Ombudsstelle besprochen werden können.

**Der Landesvorstand wird beauftragt, die nähere Ausgestaltung und Schulungen zu erarbeiten.**

49 fe leisten zu können.

50

51 Die Einrichtung der Awareness-Teams hat sich bewährt,  
52 doch treten sie bislang nur bei größeren Veranstaltungen  
53 auf. Noch fehlt es im Landesverband der SPD Berlin an Ver-  
54 trauenspersonen, die in Fällen jenseits der Veranstaltun-  
55 gen ansprechbar sind.

56

57 Auch in unserem Verband können wir uns nicht davon frei-  
58 sprechen, dass die politische Arbeit des Öfteren einher-  
59 geht mit individuellem Machtstreben. Das kann zu hier-  
60 archischen Strukturen führen, in denen Machtpositionen,  
61 Machtmissbrauch und der Konkurrenzkampf zu diskrimi-  
62 nierendem oder sexistischem Verhalten gegenüber den  
63 Genoss\*innen führen kann.

64

65 Beispielsweise:

- 66 • Gezielte Unterdrückung, Einschüchterung und An-  
67 drohen von Nachteilen für die politische Karriere in-  
68 nerhalb des Verbandes, wenn einer versuchten poli-  
69 tischen Lenkung nicht nachgegangen würde
- 70 • Ausnutzen des Machtgefälles zwischen den Betei-  
71 ligten, Forderung unangebrachter Gegenleistungen
- 72 • Gezieltes Ausspielen etwaiger Konkurrent\*innen,  
73 bspw. durch Rufschädigung oder Gerüchte
- 74 • Sexuelle Anspielungen, unerwünschte Annähe-  
75 rungsversuche oder Körperkontakt
- 76 • Sexuelle Übergriffe, Nötigung und Vergewaltigung
- 77 • Rassistische Äußerungen gegenüber Betroffenen  
78 oder über Betroffene
- 79 • Diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen  
80 mit Behinderung
- 81 • Diskriminierung aufgrund der Sexualität oder sexu-  
82 ellen Identität
- 83 • Unerwünschte, aufdringliche Kontaktaufnahme
- 84 • Unerwünschtes Eindringen in die Privatsphäre der  
85 Betroffenen

86

87 Für solche innerverbandlichen Konflikte, Übergriffe oder  
88 Herabwürdigungen durch strategischen Machtmiss-  
89 brauch gibt es bisher keine Ansprechpartner\*innen, die  
90 um eine Lösung, eine Aufklärung bzw. Ermittlung im  
91 Vorfall oder die nötige Hilfeleistung bemüht wären.

92

93 Da die Mitglieder der Ombudsstelle als Vertrauensperso-  
94 nen und erste Ansprechpartner\*innen beratend agieren  
95 sollen, stellen sie keinen Ersatz für die Kreis- und Landes-  
96 schiedskommissionen dar. Viel eher können sie schwer-  
97 wiegende Fälle, über die die Schiedskommissionen ent-  
98 scheiden müssen, ggf. weitertragen, so die Betroffenen  
99 dies wünschen.